



Foto: Paul

Neben der Feuerwehr werden in das neue Gefahrenabwehrzentrum auch Rettungsdienste einziehen.

Anerkennung für die Retter

Stadtparlament bringt Gefahrenabwehrzentrum auf den richtigen Weg

Hanau (mum). Wenn viele uniformierte Männer auf einer politischen Veranstaltung sitzen, ist in der Regel etwas im Busch. Oder jemand da, auf den man(n) aufpassen muss. In der Stadtverordnetenversammlung ging es allerdings nicht um Polipromienz, sondern um eine Entscheidung, die die Weichen sämtlicher Hanauer Rettungsdienste für die Zukunft stellt.

Unmittelbar nach der Sitzungspause war es endlich soweit: Stadtverordnetenvorsteherin Beate Funck rief mit Punkt 9.2 der Tagesordnung das Thema auf, das Feuerwehr, Deutsches Rotes Kreuz (DRK), DJLKG und Johanniter mit Spannung erwartet hatten. Es ging um das sogenannte Gefahrenabwehrzentrum, das auf dem Gelände der aktuell im Bau befindlichen, neuen Hauptfeuerwache entstehen soll.

Macht Sinn, fanden alle Beteiligten und Entscheider, sämtliche Rettungsdienste der Stadt hier zu bündeln, Synergien zu schaffen, am Ende vielleicht sogar Kosten zu sparen, weil bestimmte Einrichtungen gemeinsam genutzt werden können. Doch zwischen gut finden und auf den Weg bringen liegen oft Welten, wie auch der Geschäftsführer des DRK Hanau weiß. „Wir haben bereits 2007/2008 angefangen, über eine Sanierung des Stützpunktes Feuerbachstraße nachzudenken, weil wir an die Grenzen unserer Kapazitäten dort gestoßen sind. Wir waren auch schon richtig weit in den Planungen, als bekannt wurde, dass die amerikanischen Streikkräfte ab-

ziehen, Flächen frei werden und die Feuerwehr ins Lambory zieht. Also haben wir alles gestoppt und gleich bei der Stadt angeklopft. Wenn da etwas entsteht, wollen wir auch mit rein.“

Voraussetzung für die Umsetzung der Pläne aber war neben dem nötigen Kleingeld auch eine Lösung für die Feuerbachstraße, den bisherigen Standort der Rettungsdienste und der Verwaltung. Das Grundstück nämlich gehört der Stadt Hanau im Erbbaurecht. „Das konnten wir ja nicht so einfach verkaufen“, so Betz. Inzwischen ist ein Käufer gefunden: Das Behindertenzentrum Mahn-Kinzig wird hier eine Einrichtung aufbauen.

Bahn frei also für die weiteren Planungen eines Gefahrenabwehrzentrums. Hier werden nun Gebäude und Fahrzeughalle errichtet, Platz für Verwaltung, Ausbilderzimmer, JugendDRK und Einsatzzentrale geschaffen – endlich. „Wir sind glücklich über diese Chance“, sagt Stefan Betz, der bei der Abstimmung des Stadtparlaments persönlich vor Ort war.

Auch aus rettungstechnischer Sicht seien die neuen Gebäudekonzepte wichtig. „Wir müssen laut Vorschrift innerhalb von einer Minute nach Eingehen des Notrufs ausrücken. In der Feuerbachstraße aber haben wir relativ lange Wege vom Aufenthaltsraum zur Fahrzeughalle, das kostet alles Zeit.“ Das Gleiche gelte für die sogenannte Hilfsfrist, also die Zeit, die der Rettungsdienst bis zum Patienten braucht. Acht Minuten sind vorgegeben und wer-

den regelmäßig überprüft. Wer es nicht einhalten kann, hat schlechte Karten. Denn: Auch hier herrscht ein knallharter Wettbewerb. Alle vier Jahre werden die Dienste neu vergeben, die im Fall des DRK rund 22.000 Einsätze pro Jahr bedeuten.

Im Gefahrenabwehrzentrum werde man gemeinsame Übungen abhalten können, die Waschhalle teilen, Telefondienste bündeln und durch die Nähe zur Lamborystraße auch noch ein bisschen flotter sein als im Wohngebiet rund um die Feuerbachstraße. Im August rollen die Baufahrzeuge an (schließlich sind die „Hausaufgaben“, also die Pläne, gemacht), die Bauzeit wird etwas ein Jahr betragen.

Gänsehaut-Amosphäre also am Montag, als OB Claus Kaminsky die, übrigens einstimmig positive, Abstimmung mit den Worten einleitete: „Dieser Beschluss ist besonders gut für die Stadt und die Sicherheitslage der Stadt.“ Anhangs habe Mitarbeiter bei der Feuerwehr geherrscht, doch nun sei man auf einem richtig guten Weg. „Für mich stellt das Zusammengehen mit DRK, Johannitern und Deutscher Lebensrettungsgesellschaft das Sahnehäubchen dar“, so der Rathauschef. Für den Geschäftsführer des Roten Kreuzes in Hanau auch. Betz: „Ich hab mich gefreut, dass die Zeit und Mühe, die wir reinsteckt haben, sich gelohnt hat. Es ist eine Anerkennung und Würdigung der Retter. Wir merken, es ist eben doch nicht egal, was wir hier machen.“

Von Brunnen, Bonanza und Gleichberechtigung

Hanau (mum). Auf den ersten Blick bot die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am Montag wenig Priekleines. Und wenig Streitpotenzial. Gleichwohl gingen die Parlamentarier offenbar erholt in diese zweite Sitzung der neuen Legislaturperiode, denn das Mitteilungsbedürfnis zu Themen, über die eigentlich Einigkeit herrschte, war über groß. Einige Punkte im Überblick:

Historischer Ziehbrunnen:

In seinem Bericht des Magistrats konnte Oberbürgermeister Claus Kaminsky dem Grünem eine erfreuliche Mitteilung machen: Ein barocker Ziehbrunnen, der zu seiner Zeit wahrscheinlich im Bereich Gärtnerstraße seinen Platz hatte, kehrt nach Hanau zurück. Der ehrenamtliche Stadtrat Lutz Wilfert (FDP), Margret Dausien und Martin Hoppe vom Hanauer Geschichtsverein ersteigerten das gute Stück für 10.000 Euro und ügägen in Frankfurt was es sich inahelano im Eisen-

Buche schlagen. Battenhausen verurteilte dieses „Spielen der Landesregierung“, das die Kommunen in die Handlungsunfähigkeit treibe, um das Schärfste. In einer Resolution soll laut SPD-Fraktion die Regierung aufgefordert werden, diese Pläne zurückzunehmen.

Zu diesem Thema äußerte sich unter anderem auch die CDU. Deren Fraktionsvorsitzender Dieter Hog warb im Stadtparlament um Verständnis für Sparmaßnahmen und verwies auf das Konjunkturpaket, das 30 Millionen Euro in die Stadtkasse gespielt habe. Er verurteilte die Ausgabepolitik der Stadt, hinterfragte die Zahlen und Sparbemühungen und sorgte unfruchtbar für kollektive Erheiterung, als er sagte: „Uns wird nicht in die Tasche gegriffen, wir bekommen die vier Millionen eben einfach nicht.“

In seiner Entgegnung fand Oberbürgermeister Claus Kaminsky kernige Worte für Aia Omnesitator. Mit dan Antesean Aia

Weiterer Schlag gegen die Stadt Har

Stadtverordnete beschließen Resolution für

Hanau (mum). Ist das Staatliche Schulamt in Hanau bald Geschichte? Mit einem Dringlichkeitsantrag haben am Montag die sozialdemokratischen Stadtverordneten das schon länger köchelnde Thema um die Verlegung des Amtes auf die Tagesordnung gehievt.

Fraktionsübergreifend war die Empörung über die wahrscheinlich bevorstehende Zusammenlegung zahlreicher Schulamtsbezirke in der Stadtverordneterversammlung groß. Laut einem Bericht der Frankfurter Rundschau plant die Hessische Kultusministerin Dorothea Henzler (FDP), die in ihrem Ressort knacklige 68 Millionen Euro einsparen soll, ihre Schulamtsstandorte von 15 auf sechs einzudampfen – Hanau soll dabei Fulda zugeschlagen werden. „Einen Skandal!“ nannte es die SPD-Chefin Cornelia Gasche in ihrer Rede und das nicht nur, weil dann wahrscheinlich statt wie bisher 150 schätzungsweise die doppelte Anzahl von Schulan von der XXL-Behörde betreut würden. Nein, auch die geographische Zuordnung sei inakzeptabel – immerhin liege Fulda 90 Kilometer von Hanau entfernt.

„Die Kommunikation findet zukünftig auf der A66 statt“, so Gasche, „man schafft mit einem solchen Schritt keine Zusammenführungen, sondern Distanz. Die regionalen Serviceleistungen und damit die Qualität der Bildungsarbeit vor Ort werden leiden.“ Außerdem habe Henzler es bisher nicht für nötig gehalten, sich gegenüber dem Schulträger zu äußern, obwohl sowohl die Stadt Hanau als auch der Main-Kinzig-Kreis mehrfach nachgefragt hätten.

Die BfH-Abgeordnete und Leiterin der Hanauer Gebeschusschule, Anne-Dorothea Stübting, brachte als echte Fachfrau noch zwei weitere Aspekte ins Spiel: Es stünden zum einen enorme inhaltliche Veränderungen durch das neue hessische Schulgesetz bevor. Dazu gehöre die Inklusion ebenso wie eine vermehrte Budgethoheit der Schulen („Dafür ist eine Serviceleistung vor Ort unerlässlich.“).

Außerdem halte sie aber auch eine Zusammen-

Das Nein-Sagen gel

„Lawine“-Selbstbehauptungskurse für Mädchen

Hanau (gm/d). Nein-Sagen ist erlaubt. Diesen wichtigen Satz lernten 35 Mädchen aus Hanauer Schulen bei einem Selbstbehauptungskurs, den „Lawine“, die Beratungs- und Präventionsstelle gegen sexuelle Gewalt in Kooperation mit der Stabsstelle Prävention und dem Frauenbüro der Stadt Hanau anbietet.

„In der Regel haben alle Mädchen Erfahrungen mit Konflikten und manche erleben verbale, gewalttätige, übergriffige Situationen in der Schule, der Freizeit, im sozialen Nahbereich“, sagt Christa Klose von der „Lawine“. In den Selbstbehauptungskursen konnten sie mit ungewöhnlichen Verhaltensweisen experimentieren, auch in unterschiedlichen Positionen zum Beziehungsaus der Täter- und Opferperspektive und entdecken so ganz nebenbei neue Fähigkeiten an sich. Teilgenommen hatten Mädchen des Förderzentrums Wolfgang, der Haupt- und Realschule der Timpelgartenschanze, der Fröbelschule, eine Schule für Praktisch Bildbare, und der Heinrich-Heine-Schule. Die Kurse wurden je nach Schulform und Konstellation der Mädchenengruppen individuell angepasst.

Diese Arbeit das erfolgreichste Programm der- und Jugender von der die auch die se lief. Initi Facharbeit en“ des Prä Frauenbeauftragten Hinterg Übergriffige sollt notwen in der Gewalt tet wird.“

Durch Übung che lernten e sen der „Lawi hen und eige wahrzunehmen fühle über Ki und die Stim chen wurden Gefühlen zu ter fällt, „unschätzen und



FÜR EINER BEWERTUNGSSCHAFFEN

NEIN ZU NIEMANDEM

RECHT AUF GUTES BILDEN